

FDPBW · Rosensteinstr. 22 · 70191 Stuttgart

Roland Wittmer  
Badischer Sportschützenver-  
band  
Badener Platz 2  
69181 Leimen

Stuttgart, 01.02.2016

Sehr geehrter Herr Wittmer,

herzlichen Dank für die Übersendung der Fragen der Schützenverbände und die die damit verbundene Möglichkeit, die Positionen der Freien Demokraten deutlich machen zu können. Nachfolgend Ihre Fragen und unsere Antworten:

## **Wie positioniert sich Ihre Partei grundsätzlich zum Thema Schießsport in all seinen vielfältigen Disziplinen?**

Schießsport ist für uns Freie Demokraten grundsätzlich ein Sport wieder jeder andere. Zahlreiche unserer Mitglieder üben ihn aus. Wir befürworten dies, denn Sport bringt Menschen zusammen, vermittelt soziale Kompetenzen, stärkt durch gemeinsame Erfolge und Misserfolge, lebt von Leistungsbereitschaft, Verantwortung und Fair Play. So leisten auch Schützenvereine ein beachtliches ehrenamtliches Engagement, welches es zu würdigen gilt.

Wenig erfreulich finden wir da, dass die Genehmigung von Sportordnungen gerade im Bereich des Schießsports immer wieder zu Schwierigkeiten führt. Das Verfahren sollte vereinfacht werden.

Im Unterschied zur Haltung der FDP sind viele Parteien nur zu gern bereit, den Schießsport auch durch die „Hintertür“ zu behindern. In der schwarz-roten Koalition auf Bundesebene zeigt sich, dass selbst die CDU/CSU nicht abgeneigt ist, sachwidrig tätig zu werden. Immerhin ist es Finanzminister Schäuble, der den Entzug der Gemeinnützigkeit von Vereinen, die sich mit dem IPSC-Schießen beschäftigen, verordnet hat. Wir Freie Demokraten lehnen eine solche Verschärfung des Waffenrechts durch die „Hintertür“ ab. Sie muss rückgängig gemacht werden. Die Gemeinnützigkeit darf nicht vom Verzicht auf das IPSC-Schießen abhängig gemacht werden.

Der Nachweis, dass von Waffen mit Großkaliber eine besondere Gefahr ausgeht, ist bisher nicht gelungen. Aus diesem Grunde und um Sportschützen nicht zu stigmatisieren, lehnen wir ein Verbot des Großkalibers ab. Ebenso sind wir gegen die zentrale Lagerung von privaten Waffen.

## **Sieht Ihre Partei die Heranführung der Jugend an den Sport als wichtiges Ziel in unserer Gesellschaft? Wie sieht das konkret für den Bereich Schießsport aus?**

Bewegung und Lernen ergänzen einander und haben eine hohe Wechselwirkung. Es ist erwiesen, dass Bewegung die Leistungsfähigkeit und geistige Aufnahmebereitschaft steigert und wie ein Motor für kindliche Entwicklung und lebenslanges Lernen wirkt. Deshalb ist es wichtig, ausreichende, qualifizierte Sportangebote anzubieten.

Wie in Beantwortung der Frage eins geschrieben, schätzen wir das ehrenamtliche Engagement der Schützenvereine. Dies trifft natürlich auch auf die Jugendarbeit zu. Anders als andere Parteien freuen wir uns nicht nur, wenn Sportschützen Medaillen bei internationalen Wettkämpfen gewinnen. Die positiven Wirkungen für die Charakterformung durch Sport beginnen auch im Schießsport schon viel früher.

Kritisch sehen wir, wie die rhythmisierte Ganztagschule den Sportvereinen Kinder entzieht. Rhythmisierung in der grün-roten Ganztagschule heißt: Unterricht und Phasen mit Angeboten außerhalb des Unterrichts wechseln sich den Tag über ab. Ein Vormittagsangebot ist aber für Sportvereine viel schwieriger zu organisieren als ein Nachmittagsangebot. Grün-Rot misstraut offensichtlich den Vereinen bei der Betreuung der Kinder. Wir Freie Demokraten wollen hingegen die offene Ganztagschule mit Unterricht am Vormittag und offenen Angeboten wie den Besuch von Sportvereinen am Nachmittag. Auf diese Weise kann man den Interessen von Kindern, Eltern, Schulen und Vereinen gerecht werden.

## **Wie will und kann Ihre Partei insbesondere über die Medien diesem in anderen gesellschaftlichen Bereichen – zu Recht – beanstandeten Vorgehen einer Pauschalverurteilung entgegenwirken?**

Wir Freie Demokraten haben uns immer wieder gegen eine Pauschalverurteilung ausgesprochen. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an das Positionspapier der FDP-Bundestagsfraktion vom 11.06.2013, welches umfangreich Stellung bezieht und für uns mit Blick auf das Bundesrecht immer noch von Bedeutung ist. In Baden-Württemberg hat die FDP-Landtagsfraktion angesichts der EU-Pläne in einem eigenen Papier vom 26.01.2016 Stellung bezogen. Die Papiere sind über das Internet veröffentlicht und abrufbar. Wir verheimlichen also unsere ausgewogene Haltung nicht und äußern uns auch in den Medien zu diesem Thema.

## **Teilt Ihre Partei die Auffassung der Gewerkschaft der Polizei, dass nicht der legale, sondern der illegale Waffenbesitz ein Problem darstellt?**

Ja, diese Ansicht teilen wir. Nicht die legalen Waffen stellen ein Sicherheitsproblem für unsere Gesellschaft dar, sondern die illegalen Waffen. Erhellend ist in diesem Zusammenhang die Kriminalstatistik und die öffentlich abrufbare Anfrage der FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 15/7705. Aus den vorgenannten Dokumenten ergibt sich, dass in der Vergangenheit deutlich mehr Straftaten mit illegalen Waffen begangen wurden als mit legalen Waffen. Nur bei einem kleinen Bruchteil aller Straftaten spielen legale Waffen überhaupt eine Rolle. Zudem verliefen im Jahr 2015 über 90 Prozent der Waffenkontrollen in Baden-Württemberg ohne Beanstandung.

Bei der Bekämpfung des illegalen Waffenbesitzes sind nicht nur Zoll, Bundes- und Landespolizei in ihrer Zusammenarbeit gefordert. Der Verfassungsschutz ist verstärkt einzubeziehen. Wie früher die Kriege auf dem Balkan dienen heute die kriegerischen Auseinandersetzungen vor allem im Nahen Osten auch als praktische Ausbildungsstätte für Terroristen. Ideologisch geschulte Rückkehrer, die den Umgang mit Kriegswaffen beherrschen, sind für unsere Gesellschaft daher besonders gefährlich. Sie müssen auch mit Blick auf ihren Zugang zu illegalen Waffen im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen. Hier haben Grüne und SPD mit ihrer Schwächung von Polizei und Verfassungsschutz kontraproduktiv gewirkt.

Mittels einer erneuten zeitlich befristeten und breit kommunizierten Amnestie sollte den Bürgern der Weg zur Abgabe illegaler Waffen geebnet werden, denn auch die Verkennung der Rechtslage führt zu illegalen Waffenbesitz.

## **Sehen Sie eine Verschärfung des europäischen und / oder deutschen Waffenrechts für erforderlich an?**

Nach den islamistischen Terroranschlägen in Frankreich hat die Europäische Kommission Vorschläge zur Verschärfung des europäischen Feuerwaffenrechts vorgelegt. Wir halten den Ansatz, legalen Waffenbesitz weiter zu sanktionieren, um illegalen Waffenbesitz zu erschweren, für abwegig. Die Vorschläge der Kommission treffen allein in Baden-Württemberg völlig ungerechtfertigt tausende Sportschützen, Jäger und Waffensammler. Das Waffenrecht muss nicht verschärft werden.

## **Planen Sie in Baden Württemberg Initiativen zur Verschärfung der waffenrechtlichen Regelungen?**

Nein, wir Freie Demokraten wollen vielmehr, dass das Waffenrecht unter Beteiligung der Fachverbände evaluiert und vereinfacht wird. Zu prüfen ist neben der Sportordnungen-Problematik

auch, ob weitere Waffen als „historische Waffen“ kategorisiert und die Regelungen zu Erbwaffen vereinfacht werden können. Beanstandungslose Kontrollen von Waffenbesitzern sollten zudem gebührenfrei gestaltet werden. Zudem wird es höchste Zeit, dem Appell des bundesdeutschen Gesetzgebers aus dem Jahr 2009 nachzukommen und so wie beispielsweise in Bayern und Hessen beanstandungslose Kontrollen gebührenfrei zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL